

Petra Böckelmann behält Direktmandat

Das Tauziehen um das Landtagsmandat aus dem Wahlkreis 151 (Märkischer Kreis) ist beendet. Die CDU-Abgeordnete Petra Böckelmann behält weiterhin das Direktmandat im NRW-Parlament, teilte die Pressestelle des Verfassungsgerichtshofs Münster mit. Damit bleibt es auch im Landtag bei der Gesamtzahl von 237 Abgeordneten.

Auslöser des Rechtsstreits war eine mögliche Zählpanne, auf die der Wahlprüfungsausschuß des Landtags im September aufmerksam gemacht worden war. Bei einer vom Landtag angeordneten Nachzählung im gesamten Wahlkreis stellte sich heraus, daß in einem Stimmbezirk ein Stapel SPD-Stimmen der CDU zugerechnet worden war. Danach hätte die ursprünglich gewählte CDU-Kandidatin Petra Böckelmann den Direktwahlkreis hauchdünn an ihren SPD-Herausforderer Hagen Müller verloren. Dagegen legte Böckelmann Beschwerde in Münster ein.

Der Beschluß des Landtags sei rechtswidrig, weil nicht der gesamte Wahlkreis habe nachgezählt werden dürfen und außerdem bei der Nachzählung gegen den Grundsatz der Öffentlichkeit verstoßen worden sei, erteilten die Münsteraner Richter. Statt dessen hätte nur in vier Stimmbezirken nachgezählt werden dürfen, weil sich nur gegen die Ergebnisse der Auszählungen dort nach der Wahl Widerspruch geregt hätte. Der Stimmbezirk, in dem angeblich SPD-Stimmen der CDU zugeschlagen worden waren, sei davon nicht erfaßt, weil es dort im Vorfeld keine Beschwerde gegeben habe. Das nordrhein-westfälische Wahlprüfungsrecht lasse nicht zu, Wahlfehler noch zu berücksichtigen, die nach Ablauf einer bestimmten Frist bekannt würden und außerhalb des Prüfungsgegenstandes lägen.

Sozialbeitrag...

Fortsetzung von Seite 10

freue sich, daß durch das Hearing die Diskussion über die Struktur der Studentenwerke in Gang gekommen sei, betonte sie und nannte den kleinen Sozialbeitrag kaum der Rede wert, was die Regierung nicht daran hindere, darüber Rechnung zu legen, daß er notwendig sei, um zu einer Leistungsverbesserung insgesamt beizutragen.

LANDTAG INTERN

Herausgeberin: Die Präsidentin des Landtags Nordrhein-Westfalen, Ingeborg Friebe
Platz des Landtags 1, 4000 Düsseldorf 1,
Postfach 1143.

Redaktion: Eckhard Hohlwein (Chefredakteur), Jürgen Knepper (Redakteur), Maria Mester-Grüner (Redakteurin), Telefon: 884 23 03, 884 23 04 und 884 25 45, btx: # 5 68 01

Ständiger Berater der Herausgeberin für „Landtag intern“: Friedhelm Geraedts, Pressesprecher des Landtags

Redaktionsbeirat: Gerhard Wendzinski MdL (SPD), Parlamentarischer Geschäftsführer; Heinz Hardt MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer; Hagen Tschoeltsch MdL (F.D.P.), Parlamentarischer Geschäftsführer; Beate Scheffler (DIE GRÜNEN), Abgeordnete; Hans-Peter Thelen (SPD), Pressereferent; Thomas Kemper (CDU), Pressesprecher; Ulrich Marten (F.D.P.), Pressesprecher; Roland Grzelski (DIE GRÜNEN), Pressesprecher.

Nachdruck mit Quellenangabe erbeten

Herstellung: Tritsch Druck und Verlag, Düsseldorf
ISSN 0934-9154

Porträt der Woche



Marie-Luise Morawietz (SPD)

Drei ehemalige Strafgefangene boten ihr Hilfe im Wahlkampf an, sie nahm sie dankbar an: Marie-Luise Morawietz errang 1990 erneut das Direktmandat Viersen I, das sie 1985 erstmals bekommen hatte. Damals war es überhaupt das erste Mal gewesen, daß ihre Partei, die SPD, im Kreis Viersen ein Direktmandat für den Landtag geholt hatte. Darauf ist sie noch heute stolz: den Erfolg verbucht sie — wohl zu Recht — auf dem Konto ihres persönlichen Einsatzes, die Partei komme da erst an zweiter Stelle.

Natürlich hat sie die Wahl nicht wegen der Hilfe der ehemaligen Strafgefangenen gewonnen. Doch ein wenig Genugtuung schwingt in ihrer Stimme mit, als sie über die Hilfsangebote berichtet. Denn seit 1977 kümmert sie sich ehrenamtlich um die Probleme von Strafgefangenen während der Haftzeit und nach der Entlassung. Im Frauengefängnis Willich-Anrath ist sie Vorsitzende des Anstaltsbeirats. Nach einem ersten Gefängnisbesuch war ihr soziales Engagement geweckt: „Bis heute bin ich hängengeblieben“. Über persönliche Hilfen will sie nicht erzählen, um so lieber berichtet sie darüber, daß sie für durchsichtige Fensterscheiben (statt Milchglas), für einen Aufzug und für eine große Bratpfanne im Gefängnis gesorgt hat. Mit Erfolg hat sie sich dafür eingesetzt, daß Jugendliche nicht mehr in Einzelhaft untergebracht werden. Im Laufe der Jahre hat sie sich sowohl bei den Bediensteten des Strafvollzugs als auch bei den Inhaftierten ein Vertrauenspolster erworben. Davon konnte sie profitieren, als es im Zuge der deutschen Einheit zu einer Amnestie für viele Gefangene in der ehemaligen DDR kam, die zu Meutereien und Unruhen auch in nordrhein-westfälischen Strafvollzugsanstalten führte. Frau Morawietz erinnert sich: „Mit leeren Händen bin ich nach Geldern gefahren, wo die Gefangenen ebenfalls eine Amnestie forderten.“ Sachlich habe sie die Gefangenen davon überzeugen können, daß es für rechtsstaatliche Urteile in NRW — im Gegensatz zur DDR — keine Amnestie geben könne. In Geldern brach keine offene Meuterei aus.

Aufgrund solch vielfältiger Erfahrungen ist Marie-Luise Morawietz Sprecherin der Vollzugskommission des Rechtsausschusses des Landtags geworden. Neben der Gefangenenbetreuung ist sie auch in der Drogenberatung und in einer Psychiatrischen Hilfgemeinschaft in Viersen führend engagiert. Offen räumt sie ein, daß sie ihr Herz für Randgruppen entdeckt habe. Im Vergleich dazu bringe die Mitarbeit in Parteivorständen nichts. Manch ein Genosse habe ihr prophezeit, daß sie mit ihrem Einsatz für Randgruppen „raus aus dem politischen Geschäft“ sei. Selbstbewußt stellt sie fest: „Mit meinen Erfolgen bei den Landtagswahlen habe ich das Gegenteil bewiesen.“

Erst als 40jährige — 1972 nach Mitarbeit in einer örtlichen Bürgerinitiative — stieß die

gelernte Industriekauffrau zur SPD. Sie baute im Kreis Viersen die SPD-Frauenarbeit auf und startete 1975 eine kommunalpolitische Karriere als Mitglied im Stadtrat und im Kreistag. Seit 1984 gehört sie dem SPD-Landesvorstand an.

Als typische „Frauenpolitikerin“ versteht sich Marie-Luise Morawietz nicht, obwohl sie seit Bildung des Frauenausschusses des Landtags dessen Vorsitzende ist. Stark beeinflusst zeigt sie sich von der ehemaligen Landesministerin Inge Donnep, aus deren lebenslanger politischer Arbeit sie „sehr viel praktischen Nutzen“ habe ziehen können. Im Anfang ist sie eine strikte Gegnerin der Frauenquote gewesen: „Ich glaubte, wir Frauen sind keine Minderheit oder eine Gruppe, die eine Schutzzone braucht.“ Die Quote habe sie damals immer als Rückschritt gesehen. Sie sei davon überzeugt gewesen, daß gleiche Bildung auch zur Gleichstellung im Beruf führen werde. Heute räumt sie ein: „Ich habe mich geirrt, ich gebe es zu.“ Wie ist sie dann doch zur Quoten-Befürworterin geworden? Noch nachträglich klingt aus ihrer Antwort die damalige Enttäuschung heraus: Bis Mitte der 80er Jahre hätten die Frauen in der SPD „sehr intensiv und vertrauensvoll“ mit den Genossen in den Entscheidungsgremien zusammengearbeitet mit dem Ziel einer stärkeren Beteiligung der Frauen in der Partei: „Passiert ist nicht nur nichts, sondern sogar Rückschritte hatten wir zu verzeichnen.“ Theoretisch seien die Männer alle dafür gewesen, den Einfluß der Frauen zu stärken; doch wenn es konkret wurde, sei es in der Regel bei der Männer-Solidarität geblieben. Noch heute sei es für sie unfassbar, daß noch 1990 alle sechs Dortmunder SPD-Mandate im Landtag von Männern gehalten wurden und keine einzige Frau als Direktkandidatin aufgestellt wurde.

Als „Feministin“ kann sich die Mutter von zwei Kindern allerdings bis heute nicht verstehen. Dazu sei sie wohl nicht radikal genug: „Auf die Barrikaden gehen, das müssen andere machen.“ Ludger Audick

(Das namentlich gekennzeichnete „Porträt der Woche“ ist Text eines jeweiligen Gastautors und muß nicht immer mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen)